

Gesundheit vor Profite! Lockdown geht nur solidarisch.

Die Illusion, wir seien gut durch Corona gekommen, ist verpufft. Immer noch sterben sehr viele Menschen am Virus. Vor allem Menschen in Pflegeheimen, Sammelunterkünften und überdurchschnittlich viele, die in Pflege und Gesundheitsberufen arbeiten, sind betroffen.

Die Regierung hat den Sommer nicht zur Vorbereitung auf die zweite Welle genutzt. Sie hat weder ein Notprogramm für Luftfilter an den Schulen aufgelegt noch die Produktion und Verteilung von ausreichend Schutzmasken und Impfstoffen anständig organisiert. Sie hat kein Notprogramm für bessere Bezahlung der Pflegekräfte aufgelegt, um Berufsausstieger zurückzuholen. Weit über hunderttausend Beschäftigte haben die Pflege in den vergangenen Jahren erschöpft verlassen. Über die Hälfte wäre bereit zurückzukommen: Wenn es mehr Personal gäbe, wenn die Bezahlung stimmen würde, wenn die Arbeit erträglich wäre. Das auf Profit getrimmte statt auf Vorsorge ausgerichtete Gesundheitssystem ist gescheitert.

Der schnellste Weg, die gesundheitliche Gefährdung zu senken, ist die Unterbrechung der Infektionsketten. Es ist richtig, zeitweise Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft herunterzufahren (shut-down). Es ist falsch, wenn die Bundesregierung Konzerne und Unternehmen nicht in die Pflicht nimmt. Es braucht dringend mehr Infektionsschutz in den Betrieben. Die LINKE sagt: Lockdown geht nur solidarisch.

Wir fordern: Soziale Absicherung für alle!

- 100 Euro mehr pro Monat für Menschen in Harz IV und Grundsicherung im Alter.
- Viele Beschäftigte können von dem bisherigen Kurzarbeitergeld nicht leben. Wir fordern, zusammen mit Ver.di und der NGG, ein Mindestkurzarbeitergeld von 1.200 Euro. Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent erhöht werden.

- Alle, die ihr Einkommen verlieren, brauchen ein unbürokratisches Überbrückungsgeld, das sie vor dem sozialen Absturz bewahrt.
- Gewerbetrieben müssen ausgesetzt werden. Während der Pandemie dürfen keine MieterInnen gekündigt werden!
- Gerechte Bildung: Alle Schüler*innen müssen mit einem mobilen Endgerät und Datenvolumen ausgestattet werden.

Gesundheit vor Profite. Krisenkosten gerecht verteilen, Reiche besteuern!

- Wir fordern ein Recht der Beschäftigten auf Homeoffice in der Pandemie. Überall, wo es möglich ist.
- Regelmäßige Kontrollen an allen Arbeitsplätzen. Nicht die Beschäftigten sondern die Arbeitgeber müssen nachweisen, dass der Gesundheitsschutz umgesetzt ist!
- Massenunterkünfte für Obdachlose und Geflüchtete müssen sofort durch dezentrale Unterbringungen ersetzt werden!
- Mehr Personal in der Pflege! 500 Euro plus für alle Beschäftigten in der Pflege.
- Der Staat muss eingreifen, damit Luftfilter gebaut und kostenfreie FFP2-Masken verteilt werden. Eine eingreifende Wirtschaftspolitik ist notwendig, damit schneller, ausreichend Impfstoffe produziert werden können.

Die Kosten der Krise müssen gerecht verteilt werden: wir fordern eine einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro.

Weitere Informationen:

www.die-linke.de/corona



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Jörg Schindler

Gesundheit vor Profite! Lockdown geht nur solidarisch.

Die Illusion, wir seien gut durch Corona gekommen, ist verpufft. Immer noch sterben sehr viele Menschen am Virus. Vor allem Menschen in Pflegeheimen, Sammelunterkünften und überdurchschnittlich viele, die in Pflege und Gesundheitsberufen arbeiten, sind betroffen.

Die Regierung hat den Sommer nicht zur Vorbereitung auf die zweite Welle genutzt. Sie hat weder ein Notprogramm für Luftfilter an den Schulen aufgelegt noch die Produktion und Verteilung von ausreichend Schutzmasken und Impfstoffen anständig organisiert. Sie hat kein Notprogramm für bessere Bezahlung der Pflegekräfte aufgelegt, um Berufsausstieger zurückzuholen. Weit über hunderttausend Beschäftigte haben die Pflege in den vergangenen Jahren erschöpft verlassen. Über die Hälfte wäre bereit zurückzukommen: Wenn es mehr Personal gäbe, wenn die Bezahlung stimmen würde, wenn die Arbeit erträglich wäre. Das auf Profit getrimmte statt auf Vorsorge ausgerichtete Gesundheitssystem ist gescheitert.

Der schnellste Weg, die gesundheitliche Gefährdung zu senken, ist die Unterbrechung der Infektionsketten. Es ist richtig, zeitweise Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft herunterzufahren (shut-down). Es ist falsch, wenn die Bundesregierung Konzerne und Unternehmen nicht in die Pflicht nimmt. Es braucht dringend mehr Infektionsschutz in den Betrieben. Die LINKE sagt: Lockdown geht nur solidarisch.

Wir fordern: Soziale Absicherung für alle!

- 100 Euro mehr pro Monat für Menschen in Harz IV und Grundsicherung im Alter.
- Viele Beschäftigte können von dem bisherigen Kurzarbeitergeld nicht leben. Wir fordern, zusammen mit Ver.di und der NGG, ein Mindestkurzarbeitergeld von 1.200 Euro. Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent erhöht werden.

- Alle, die ihr Einkommen verlieren, brauchen ein unbürokratisches Überbrückungsgeld, das sie vor dem sozialen Absturz bewahrt.
- Gewerbetrieben müssen ausgesetzt werden. Während der Pandemie dürfen keine MieterInnen gekündigt werden!
- Gerechte Bildung: Alle Schüler*innen müssen mit einem mobilen Endgerät und Datenvolumen ausgestattet werden.

Gesundheit vor Profite. Krisenkosten gerecht verteilen, Reiche besteuern!

- Wir fordern ein Recht der Beschäftigten auf Homeoffice in der Pandemie. Überall, wo es möglich ist.
- Regelmäßige Kontrollen an allen Arbeitsplätzen. Nicht die Beschäftigten sondern die Arbeitgeber müssen nachweisen, dass der Gesundheitsschutz umgesetzt ist!
- Massenunterkünfte für Obdachlose und Geflüchtete müssen sofort durch dezentrale Unterbringungen ersetzt werden!
- Mehr Personal in der Pflege! 500 Euro plus für alle Beschäftigten in der Pflege.
- Der Staat muss eingreifen, damit Luftfilter gebaut und kostenfreie FFP2-Masken verteilt werden. Eine eingreifende Wirtschaftspolitik ist notwendig, damit schneller, ausreichend Impfstoffe produziert werden können.

Die Kosten der Krise müssen gerecht verteilt werden: wir fordern eine einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro.

Weitere Informationen:

www.die-linke.de/corona



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Jörg Schindler